

Antrag 04/II/2022**KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme Leitantrag (Konsens)****Dann müssen wir es eben machen: Wirksame Entlastungen auf Landesebene**

1 Die am 04. September 2022 vorgestellten Eckpunkte zum
2 dritten Entlastungspaket werden nicht ausreichen, um
3 in den kommenden Monaten entstehende bzw. sich noch
4 verschärfende Härten zu verhindern. Die durchschnitt-
5 lichen absoluten Beträge der "Entlastung" übersteigen
6 aufs Jahr gerechnet kaum die bereits jetzt entstandenen
7 Mehrkosten für Strom und Heizung der Berliner Haushal-
8 te.

9
10 Das Eckpunktepapier stellt zu Beginn den angeblich
11 "begrenzten finanzielle Spielraum des Bundeshaltshaus-
12 halts" fest. Darüber hinaus werden die ohnehin schon en-
13 gen finanziellen Spielräume der Lander weiter beschnit-
14 ten, indem ihnen ein Teil der Ausgaben für das Paket auf-
15 erlegt werden. An der derzeit wegen der Pandemie noch
16 ausgesetzten Schuldenbremse wird ab Januar wieder aus-
17 nahmslos festgehalten. Folglich sind vonseiten des Bun-
18 des zunächst keine weiteren Maßnahmen zu erwarten.
19 Angesichts von Milliardenausgaben für Banken und Un-
20 ternehmen in vergangenen Krisen oder vor kurzem erst
21 für die Bundeswehr erscheint diese Haltung geradezu zy-
22 nisch.

23
24 Die Schuldenbremse schränkt die Handlungsfreiheit der
25 demokratisch gewählten Landesparlamente immens ein,
26 da im Gegensatz zum Bund der Landeshaushalt grund-
27 sätzlich ohne Kredite zu gestalten ist. In einer Situation
28 wie der Gegenwärtigen, darf eine auf ökonomisch zwei-
29 felhaften Annahmen aufbauende Regel nicht den Zusam-
30 menhalt der Gemeinschaft und das Vertrauen in den Staat
31 untergraben.

32
33 Wir begrüßen daher die Initiative Berlins zur Fortfüh-
34 rung eines tarifzonenübergreifenden vergünstigten Ti-
35 ckets. Bezahlbare öffentliche Mobilitätsangebote entlas-
36 ten Haushalte spürbar und dämpfen dadurch die Inflati-
37 on. Bestehende Angebote müssen ausgebaut und zusätz-
38 liche geschaffen werden.

39
40 Derzeit erhöhen Vermieter*innen die Betriebskostenvor-
41 auszahlung in Mietwohnungen um ein Vielfaches. Maß-
42 nahmen wie die Energiepauschale und Heizkostenzu-
43 schüsse werden diese Mehrkosten nur für einen sehr be-
44 grenzten Zeitraum abfangen. Anstatt einen Kündigungs-
45 schutz zu schaffen, verweist das Papier auf Regelung des
46 "sozialen Mietrechts", um Obdachlosigkeit aufgrund ge-
47 schuldeter Mietzahlung zu verhindern. Allerdings kann
48 bei fristlosen Kündigungen wegen Zahlungsrückstandes

49 kein Härtefall geltend gemacht werden. Berlin muss des-
50 halb unbürokratisch verhindern, dass es aufgrund von En-
51 ergiearmut zu Kündigungen und Räumungen in die Ob-
52 dachlosigkeit kommen wird. Dazu sind auch die landes-
53 rechtlichen Kompetenzen der Wohnungsgesetzgebung
54 auszureizen, beispielsweise indem Belegungsrechte ge-
55 genüber großen Immobilienunternehmen auf gesetzli-
56 cher Grundlage durchgesetzt werden. Da es an erschwing-
57 lichen Wohnungen mangelt, muss das Land alle Möglich-
58 keiten ausschöpfen, um im gebotenen Fall Ersatzwohn-
59 raum bereitstellen zu können.

60

61 Sparen in der Krise! Das war und ist immer der grund-
62 falsche Weg. Umso bedenklicher das insbesondere der
63 Bundesfinanzminister diesen als "Kurs halten" bezeich-
64 net. Berlin muss in der Krise seiner Wirtschaft umfang-
65 reich unter die Arme greifen und durch öffentliche Inves-
66 titionen die Arbeit und damit die Existenzgrundlage von
67 Millionen Berliner*innen sichern.

68

69 Wir fordern daher:

70 1. Das Abgeordnetenhaus stellt im Rahmen eines Nach-
71 tragshaushalts eine „außergewöhnliche Notsituation, die
72 sich der Kontrolle des Landes entzieht“ nach § 18 der Lan-
73 deshaushaltsordnung fest, um zusätzlichen finanziellen
74 Spielraum bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krisen
75 zu schaffen. Dabei ist der Tilgungszeitraum etwaiger Kre-
76 ditemächtigungen möglichst großzügig auszugestalten.

77 2. Die Schaffung weiterer umfassender, öffentlicher Mobi-
78 litätsangebote, darunter:

- 79 1. a) Der schnellstmögliche Ausbau des beschlosse-
80 nen Radverkehrsplans
- 81 b) Die schnellstmögliche Realisierung des 10-
82 Minuten-Taktes für Busse, wie im Nahver-
83 kehrsplan beschlossen
- 84 c) Die Förderung eines gemeinwohlorientierten
85 Lastenradverleihs
- 86 d) Ein am „BerlKönig“ angelehntes Konzept für
87 Rufbusse in den Außenbezirken und schlecht
88 angebundenen Teilen der Innenstadt, der weit-
89 gehend mit dem normalen BVG-Tarif nutzbar
90 ist.

91 3. Das Land schafft kurzfristig technisch wie personell
92 ausreichend ausgestattete Anlaufstellen für Berliner*in-
93 nen, die aufgrund steigender Energiekosten vor Proble-
94 men stehen. Diese:

- 95 1. a) Koordinieren die effektive Inanspruchnahme
96 von staatlichen Hilfeleistungen, wie z.B. den
97 zusätzlichen Heizkostenzuschuss beim Wohn-
98 geld.
- 99 b) Gewährleisten in Zusammenarbeit mit den Be-
100 hörden, die kurzfristige (Teil-)Auszahlung von
101 Leistungen, auch wenn z.B. nur eine vorläufi-

- 102 ge Prüfung von Anträgen innerhalb der gebo-
103 tenen Zeit möglich ist.
- 104 c) Unterstützen auch innerhalb bestehender
105 Strukturen (Wohnungsbündnis) die Ver-
106 mittlung von Ersatzwohnraum, wenn eine
107 Kündigung nicht abwendbar oder Mietzah-
108 lungen nicht nachhaltig zu stemmen sein
109 werden. Bei Misserfolg werden Bescheinigung
110 zwecks Nachweises der unbilligen Härte einer
111 Kündigung erteilt
- 112 d) Schaffung einer spezialgesetzlichen Grundla-
113 ge zur Ermöglichung krisenbedingter Woh-
114 nungseinweisungen
- 115 e) Bewirtschaften leerstehende und ausschließ-
116 lich kurzzeitig vermietete Wohnungen, um
117 günstigen Ersatzwohnraum bereitstellen zu
118 können. Die weitergehende Überführung in
119 Gemeineigentum ist dabei zu prüfen.
- 120 4. Zur Stärkung der Berliner Wirtschaft, legt das Land
121 ein umfangreiches Investitionsprogramm auf. Dieses un-
122 terstützt insbesondere Unternehmen in den Bereichen
123 der erneuerbaren Energien. Die zügige Verwirklichung des
124 Berliner Solargesetzes wird ebenfalls besonders geför-
125 dert.
- 126 5. Die Prüfung einer landesrechtlichen Ergänzungsabga-
127 be, um Krisenprofiteur*innen an den Kosten zu beteiligen
128 und der sich weiter verschärfenden Ungleichheit etwas
129 entgegenzusetzen.
- 130 6. Das Land prüft, wie in diesem Zusammenhang auf-
131 kommende, personelle Engpässe kurzfristige auch durch
132 die vergütete Einbindung der Zivilgesellschaft überbrückt
133 werden können.